

Stadt Merseburg

Der Oberbürgermeister

Niederschrift über die 13. Sitzung des Finanzausschusses öffentlicher Teil

Merseburg, 09.03.2026

Die Sitzung fand statt:

Datum:	19.02.2026	Ort:	06217 Merseburg
Beginn:	18:00 Uhr	Straße:	Burgstraße 1
Ende:	20:07 Uhr	Raum:	Sitzungssaal im Alten Rathaus

Anwesende Mitglieder:

Marcus Turré	Ausschussvorsitzender
Rüdiger Abitzsch	Mitglied
Uwe Arendt	Mitglied
Dr. Halina Czikowsky	Mitglied
Lucas Geyer	Mitglied
Tino Haring	Mitglied
Manuela Krause	Mitglied
Dr. Lutz Kuhne	Mitglied
Peter Lipinski	Mitglied
Stefan Plack	Mitglied

Vertreten werden: Mitglied

Bernd Seifert wurde vertreten durch Hayn,
Michael

Als Gäste sind anwesend:

Thomas Albrecht	Sachbearbeiter Sitzungsdienst
Sebastian Müller-Bahr	Oberbürgermeister
Bellay Gatzlaff	Bürgermeister
Ulrike Findeisen	Geschäftsbereichsleiterin III
Sandy Kirchhoff-Weise	Amtsleiterin Amt für Finanzen
Benjamin Ebert	Amtsleiter Rechnungsprüfungsamt

Tagesordnung

TOP Thema

Öffentliche Sitzung

1. Beginn der Sitzung
- 1.1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 1.2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Bestätigung der Tagesordnung
- 1.3 Bestätigung der öffentlichen Niederschrift der letzten Sitzung
- 2. Beratungen in öffentlicher Sitzung**
- 2.1 Einwohnerfragestunde
- 2.2 Nutzungsvertrag für die kommunale Sportstätte Beuna
002/BV/26
- 2.3 Zustimmung zu den erhöhten Kosten für den Hort/Kita-Ersatzneubau der Evangelischen Schulstiftung Mitteldeutschland St. Johannes am Standort Lessingstraße
16a in Merseburg
009/BV/26
- 2.4 Entgeltvereinbarung ab 01/2025 des Vereins zur Förderung der Natur-Kindertagesstätte "Spatzennest"
010/BV/26
- 2.5 Rechnungsprüfungsordnung
020/BV/26
- 2.6 Beteiligungsbericht 2024
001/MV/26
- 2.7 Informationen der Stadtverwaltung
- 2.8 Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder
- 2.9 Schließung der Sitzung

Protokolltext

Öffentlicher Teil

TOP 1. Beginn der Sitzung

TOP 1.1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Turré eröffnet die Sitzung um 18:00 Uhr. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Es sind 11 von 11 Mitglieder des Finanzausschusses anwesend.

TOP 1.2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Bestätigung der Tagesordnung

Herr Turré fragt, ob es Änderungsanträge gibt. Die ist nicht der Fall. Er lässt über die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	11
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

TOP 1.3 Bestätigung der öffentlichen Niederschrift der letzten Sitzung

Herr Turré sagt, dass man heute drei Niederschriften zu bestätigen hat. Es handelt sich um die öffentlichen Niederschriften vom 06.11.2026, 13.11.2026 und 20.11.2026. Er fragt, ob es zur öffentlichen Niederschrift vom 06.11.2026 Anmerkungen gibt. Dies ist nicht der Fall. Er gibt die Niederschrift zur Abstimmung.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	10
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	1

Die öffentliche Niederschrift vom 06.11.2026 wird einstimmig bestätigt.

Herr Turré fragt, ob es Anmerkungen zur Niederschrift vom 13.11.2026 gibt. Dies ist nicht der Fall. Er stellt die Niederschrift zur Abstimmung.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	10
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	1

Die öffentliche Niederschrift vom 13.11.2026 wird einstimmig bestätigt.

Herr Turré fragt, ob es Anmerkungen zur Niederschrift vom 20.11.2026 gibt. Dies ist nicht der Fall. Er stellt die Niederschrift zur Abstimmung.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	10
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	1

Die öffentliche Niederschrift vom 20.11.2026 wird einstimmig bestätigt.

TOP 2. Beratungen in öffentlicher Sitzung

TOP 2.1 Einwohnerfragestunde

Herr Turré eröffnet die Einwohnerfragestunde um 18:03 Uhr. Er fragt, ob es Fragen aus der Einwohnerschaft gibt. Dies ist nicht der Fall. Er schließt die Einwohnerfragestunde um 18:03 Uhr.

TOP 2.2 Nutzungsvertrag für die kommunale Sportstätte Beuna

Herr Turré fragt, ob es eingebracht werden soll. Er gibt das Wort an Herrn Gatzlaff.

Herr Gatzlaff sagt, dass man sich bemüht die Sportstätten zu erhalten. Man hat schon einen Vertrag mit dem Stadtstadion geschlossen. Der zweite Verein ist der Verein in Meuschau. Dies funktioniert sehr gut. Der Sportverein in Beuna hat jetzt den Antrag zur Vertragsschließung gestellt. Es handelt sich um 35.000,00 Euro pro Jahr. Die Stadt muss sich dann um fast nichts mehr kümmern. Er bittet herzlichst um Zustimmung.

Herr Turré fragt, ob es Fragen gibt. Dies ist nicht der Fall. Er sagt, dass man derzeit 110.000,00 Euro für das Stadtstadion und den Verein in Meuschau zahlt. Jetzt sollen noch 35.000,00 Euro in Beuna dazukommen. Er sieht keinen richtigen Spareffekt. Als er letztes mit dem Rad am Stadtstadion vorbeigefahren ist, hat er mehrere städtische Fahrzeuge auf dem Vereinsgelände gesehen. Diese haben dort rumhantiert. Man hat jetzt eine Gleichbehandlung. Diese geht aber zulasten des Steuerzahlers. Er hält es für bedenklich, weil man sich immer mehr vertragliche Lasten aufbürdet.

Herr Gatzlaff sagt, dass es keinen Sportstättenmitarbeiter gibt. Die Person die es gibt, geht für 20 Prozent ihrer Arbeitszeit zum Kegelparadies. Es gibt Rückstände in der Sanierung der Sportstätten. Hierfür braucht es einen. Grundsätzlich kann man dies diskutieren.

Herr Turré sagt, dass es beim Sportverein Beuna eine vermietungsfähige Gastronomie gibt. Er sagt, dass die Gastronomie mithinein genommen wurde aber die Wohnung nicht. Er fragt, ob es denn nicht Sinn macht, die Wohnung mithineinzunehmen und dafür den Betrag zu kürzen.

Herr Gatzlaff sagt, dass die Gastronomie vermietet war. Man hat dem Pächter gekündigt. Einnahmen sind mit der Gastronomie nicht zu erwarten. Die Wohnung wird nicht mit vermietet, da es für den Verein schwierig wäre, die Betriebskostenabrechnung mitzumachen. Das Ziel ist, dass der Verein die gesamte Immobilie übernimmt.

Frau Dr. Czikowsky sagt, dass sie Herrn Turré in seinen Ausführungen nicht folgen kann. Sie befürwortet die Vorlage und sieht die Stadt in Verantwortung. Es braucht die Unterstützung der Stadt.

Frau Krause sagt, dass die AfD-Fraktion Sparmaßnahmen in den Haushaltsgesprächen vorgeschlagen hat. Diese Sparmaßnahmen wurden alle vom Bündnis SPD/DIE GRÜNE abgelehnt. Die AfD-Fraktion steht hinter dem Verein.

Frau Mißberger sagt, dass sie für den Verein spricht. Sie ist Mitglied in dem Verein. Es gibt viele Kinder und Jugendliche im Verein. Man hat Sponsoren aber nicht in dieser Größenordnung. Die Zaun- und Toranlagen sind sanierungsbedürftig. Bei der Gaststätte hatte man leider nur Probleme. Sie bittet die Räte um Zustimmung.

Herr Turré fragt, ob es weitere Wortmeldungen gibt. Dies ist nicht der Fall. Er stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	10
Nein-Stimmen	1
Enthaltungen	0

Die Beschlussfassung wird mehrheitlich empfohlen.

TOP 2.3 Zustimmung zu den erhöhten Kosten für den Hort/Kita-Ersatzneubau der Evangelischen Schulstiftung Mitteldeutschland St. Johannes am Standort Lessingstraße 16a in Merseburg

Herr Turré erteilt den Gästen das Redewort.

Frau Friedrich stellt sich vor. **Frau Schumann** ist auch mit. Sie stellen das Projekt anhand einer Präsentation vor. Die Präsentation ist Teil der Niederschrift und als Anlage beigefügt.

Herr Schüler stellt die Ausgangslage anhand einer Präsentation vor. Die Präsentation ist Teil der Niederschrift und als Anlage beigefügt.

Herr Gatzlaff ergänzt und sagt, dass die Kosten für die LEQ-Vereinbarungen noch mit dazu kommen. Bei 5.000.000,00 Euro und einem Zinssatz von 4 Prozent, liegt man ungefähr bei einem sechsstelligen Betrag. Er bittet, dies bitte ins Protokoll aufzunehmen.

Herr Turré sagt, dass man eine Baukostensteigerung von 10 Prozent hat. Die städtischen Eigenmittel steigen moderat. Die Bevölkerungsprognose für Sachsen-Anhalt sieht ziemlich düster aus. Man hat jetzt schon Gebäude die wenig ausgelastet sind. Er fragt, ob es einen Plan B gibt, falls die Schule nicht voll ausgelastet ist.

Frau Friedrich sagt, dass man das Thema aktiv angeht.

Frau Schumann sagt, dass man davon ausgeht, weiterhin stabile Kinderzahlen zu haben.

Herr Arendt sagt, dass man 2.700.000,00 Euro Fördermittel hat. Die Stadt zahlt 5.000.000,00 Euro. Der Bauträger zahlt 500.000,00 Euro Eigenanteil. Er findet das Ganze zu viel des Guten. Er fragt, wieso die Kirche nicht zahlt. Die Finanzierung ist etwas daneben.

Herr Gatzlaff sagt, dass er dies versteht. Wenn die Kita aber im Kitabedarfsplan steht, hat der Träger Anspruch auf Erstattung. Die Kirche zahlt einen Eigenanteil von 500.000,00 Euro. Dies müsste sie nicht einmal tun.

Herr Arendt sagt, dass man beim Neubau jetzt die doppelte Quadratmeterzahl hat.

Herr Turré sagt, dass die Verschuldung nicht bei uns liegt. Man könnte darüber froh sein. Die Größe hat eine gewisse Bewandtnis. Man hat diesbezüglich nachher noch eine Diskussion im nichtöffentlichen Teil zum Thema „CampusKids“. Dort ist es noch eklatanter. Eventuell braucht man gestaffelte Kitabeiträge. Er sagt, dass sich die St. Johannes Einrichtung mit der Kita Campuskids im Premiumbereich befindet. Es muss hierüber irgendwann eine Diskussion geben. Die Eltern müssten eventuell bei den Kitas die Mehrkosten ergo auch höhere Beiträge zahlen, als die Eltern von Kitas in C-Lage.

Frau Schumann sagt, dass das Gebäude nicht zu erhalten war. Ein Abriss war unvermeidbar. Es gab Wasserschäden und eine enorme Geruchsbelästigung. Dies war für die Kinder und das Personal nicht mehr tragbar. Die Räume waren vorher zu klein.

Herr Lipinski sagt, dass er von seinem Pausenraum auf das Grundstück in der Lessingstraße schauen kann. Es wurde ein schönes Grundstück geschaffen. Er kennt das Objekt noch als medizinische Fachschule. Er sieht kein Problem.

Frau Schumann sagt, dass man keine Konkurrenz sein möchte.

Herr Turré sagt, dass Konkurrenz nicht schlecht ist.

Herr Hayn fragt, ob es sich um ein ganz normales Bankdarlehen handelt.

Frau Schumann sagt, dass die Zinsen hoch sind. Man muss auf die Marktsituation reagieren. Man hat gerade vier Banken angeschrieben.

Herr Hayn fragt, nach dem Baustart.

Frau Friedrich sagt, dass der Baustart Mitte August sein wird.

Herr Hayn sagt, dass der Baustart in einem guten halben Jahr ist und das man dann andere Kosten hat.

Frau Friedrich fragt, was er für Kosten meint.

Herr Hayn sagt, dass es sich um die Kosten im Baubereich handelt.

Frau Friedrich sagt, dass man ein Totalunternehmervertrag geschlossen hat. Man hat im Vorfeld Baugrunduntersuchungen und Schadstoffuntersuchungen gehabt. Das heißt, dass man es detailliert geplant hat. Man hat einen Festpreis.

Herr Hayn fragt, ob man denn KFW-Programme nutzt.

Frau Friedrich sagt, dass man die abgefragt hat und dies derzeit nicht zur Debatte steht. Man baut nach dem DEG.

Herr Hayn dankt.

Herr Turré fragt, ob es weitere Fragen gibt. Dies ist nicht der Fall. Er lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	11
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

Die Beschlussfassung wird einstimmig empfohlen.

TOP 2.4 Entgeltvereinbarung ab 01/2025 des Vereins zur Förderung der Natur-Kindertagesstätte "Spatzennest"

Herr Turré sagt, dass dort beängstigende Zahlen dabei sind. Auf dem Papier wird es günstiger aber auch nur, weil sich die Anzahl der Kinder deutlich gemindert hat. Man hat sich erfolgreich um 3,23 Euro Verwaltungskosten gestritten. Man muss bei der Debatte auf die absoluten Kosten schauen. Man hat bei der Einrichtung nur eine Auslastung von 74,17 Prozent. Er sagt, dass man dann ganz schnell bei der Frage ist, ob man nicht Häuser zusammenlegt.

Herr Gatzlaff sagt, dass man mit einem Zuwachs durch die S-Bahn nach Leipzig rechnet. Man rechnet mit einem Zuzug. Wenn der Auftrag kommen sollte, müsste man das Thema Schließungen im Bildungsausschuss diskutieren. Bei der Kita wurden die Kitaplätze aus Brand-schutzgründen reduziert.

Herr Turré sagt, dass es eine geringere Auslastung hat. Er möchte gerne, dass die Stadtverwaltung eine Übersicht über die aktuelle Auslastung der Kitas erstellt. Dies soll bitte mit ins Protokoll genommen werden.

Herr Schüler fragt, nach der Auslastung.

Herr Turré sagt, dass die Auslastung bei 74,17 Prozent liegt.

Herr Schüler sagt, dass im Kellergeschoss ein Gruppenraum nicht mehr nutzbar ist. Die Betriebserlaubnis wurde angepasst. Der Raum wird zukünftig als Pausenraum genutzt. Die Zahl sollte eigentlich nicht runtergegangen sein.

Herr Turré sagt, dass dies laut der Tabelle der Fall ist.

Herr Schüler sagt, dass er dies noch einmal mitnimmt.

Herr Gatzlaff sagt, dass man dies prüft und noch einmal mitnimmt.

Herr Turré sagt, dass die Kosten pro Kopf abenteuerlich sind.

Herr Gatzlaff sagt, dass man das Thema noch einmal haben wird.

Herr Turré fragt, ob es weitere Wortmeldungen gibt. Dies ist nicht der Fall. Er stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	5
Nein-Stimmen	1
Enthaltungen	5

Die Beschlussfassung wird mehrheitlich empfohlen.

TOP 2.5 Rechnungsprüfungsordnung

Herr Ebert stellt die Beschlussvorlage anhand einer Präsentation vor. Die Präsentation ist Teil der Niederschrift und als Anlage beigefügt. Er bittet um Zustimmung.

Herr Turré freut sich über die Rechnungsprüfungsordnung. Er befürwortet die Anpassungen der Wertgrenzen.

Frau Dr. Czikowsky fragt, welche Auswirkungen die Rechnungsprüfungsordnung auf den Haushalt hat.

Herr Ebert sagt, dass die Rechnungsprüfungsordnung keine Auswirkungen auf den Haushalt hat.

Herr Turré fragt, ob es weitere Fragen gibt. Dies ist nicht der Fall. Er stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	11
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

Die Beschlussfassung wird einstimmig empfohlen.

TOP 2.6 Beteiligungsbericht 2024

Herr Turré sagt, dass sich Frau Richter entschuldigt und den Beteiligungsbericht beigelegt hat.

Herr Müller-Bahr führt den Beteiligungsbericht 2024 ein. Er nimmt Bezug auf die Präsentation von Frau Richter.

Herr Turré sagt, dass der Bericht durchweg positiv ist. Er sagt, dass es nicht besonders ideal ist, dass man im Februar 2026 über die Jahresabschlüsse 2024 spricht. Die Jahresabschlüsse lagen im Mai, Juni 2025 schon vor. Der Einzige der es später eingereicht hat, war der AZV. Er hat die bitte, dass das Beteiligungsmanagement die Geschäftsführungen bittet, die Jahresabschlüsse früher einzufordern. Der Beteiligungsbericht stellt kein Grund zur Panik dar.

Herr Haring stellt den Antrag, dass die Stadtverwaltung prüfen soll, ob ein Zweckverband tatsächlich im Beteiligungsbericht mitzuführen ist. Es kann sein, dass die Zweckverbände andere Prüffristen haben.

Herr Müller-Bahr sagt, dass der AZV nicht Bestandteil des Beteiligungsberichtes ist. Man könnte aber auf den Anhang AZV verzichten. Dies kann der Finanzausschuss gerne entscheiden.

Herr Hayn sagt, dass er nicht auf den Bericht verzichten möchte. Der Bericht kann aber losgelöst von dem anderen Beteiligungsbericht veröffentlicht werden.

Herr Turré stimmt Herrn Hayn zu. Der Beteiligungsbericht kann so schon im Herbst des Folgejahres vorliegen.

TOP 2.7 Informationen der Stadtverwaltung

Herr Müller-Bahr sagt, dass der Jahresabschluss 2021 dem Rechnungsprüfungsamt noch nicht vorliegt. Der Jahresabschluss 2021 ist der letzte Jahresabschluss der gebündelt als Paket geprüft wird. Man möchte sämtliche Buchungsfehler aus dem Jahr 2021 beseitigt haben. Diesbezüglich hat man sich mit Frau Kirchhoff-Weise und Herrn Ebert verständigt. Man möchte das Jahr 2021 als Pakete abgeben. Es sollen im Jahr 2022 keine Folgefehler aus dem

Jahr 2013 bis 2021 mehr auftauchen. Es ist ja möglich Fehler aus den alten Jahresabschlüssen in den neuen Jahresabschlüssen zu korrigieren. Man möchte ab dem Jahr 2022 keinerlei Korrekturbuchungen mehr vornehmen. Es gibt diesbezüglich noch drei Herausforderungen. Man hat damals LED-Lampen zur Umrüstung von Gaslampen auf LED-Lampen angeschafft. Diesbezüglich hatte man damals entschieden, dass dies nicht als Investition gilt, sondern als Verbrauchsmittel. Man hat diesbezüglich auch einen Vorrat angelegt. Bei einer Inventur hat sich herausgestellt, dass der vorhandene Vorrat nicht mit dem Bestand im Lager übereinstimmt. Aufgrund dessen, dass es sich um keine Investition gehandelt hat, wurde es auch nicht richtig aktiviert. Dies war auch nicht nötig. Es wurde aber versäumt den Vorrat zu korrigieren. Dies hat etwas länger gedauert. Man hat jetzt eine Inventur durchgeführt und wird jetzt eine Kontrollbuchung vornehmen. Diesbezüglich ist man noch im Austausch, wie man es in Zukunft handhabt.

Herr Turré ergänzt und sagt, dass dies keine Lappalie ist. Es handelt sich nicht um 20,00 Euro, sondern es handelt sich um einen relevanten Geldbetrag.

Herr Müller-Bahr sagt, dass es sich bei dem Betrag um ungefähr eine halbe Million Euro handelt. Dies ist keine Lappalie für die Stadt. Bei der zweiten Sache geht es um das Wohngeld. Bei der Auszahlung an den Bürger und der Einzahlung vom Bund gibt es eine Differenz. Diese Differenz ist nicht groß, aber sie ist da. Da es sich um Geld aus dem übertragenen Wirkungskreis handelt, ist es wichtig, dass das Geld auf den Cent genau stimmt. Man hat nun den Rechenfehler gefunden. Dies nimmt auch noch eine gewisse Zeit in Anspruch, da man sich jeden Wohngeldfall von 2013 bis 2021 anschauen muss. Beim dritten Fall handelt es sich um die Sozialbestattungen. Es gab doppelte Zahlungseingänge von der Stadt und dem Erben. Hier hat man nachgesteuert. Parallel arbeitet man schon im Jahr 2022 an den Anlagen im Bau und aktiviert diese Anlagen im Jahr 2022.

Frau Kirchhoff-Weise sagt, dass sie gerne so viele Differenzen wie möglich angehen möchte. Es gelingt aber nicht ganz, diese tatsächlich auch wegzubuchen. Sie möchte aber gerne tatsächlich wissen, was denn tatsächlich in den Differenzen steckt, um dann bei dem Prüfbericht an Herrn Ebert reagieren zu können. Herr Ebert sagt, dass sie mit jedem Jahresabschluss eine Selbstanzeige schreibt. Sie kann so aber zumindest zeigen, dass auch wenn sie es nicht geschafft haben, ihnen aber bewusst ist, wo die Fehler liegen. Sie berichtet aus der Zeit aus der Mehrarbeit. Dies stand auch in der Zeitung und hat tatsächlich etwas gebracht. Man hat in der Zeit zwei Mitarbeiter in die Anlagenbuchhaltung umgesetzt. Diese haben viel geschafft. Sie konnten für das Jahr 2021 20 Anlagen aktivieren und haben für die Jahresabschlüsse 2022 und 2023 gut vorgearbeitet. Man war nicht untätig, auch wenn man den Jahresabschluss noch nicht abgegeben hat.

Herr Ebert sagt, dass es sich bei den LED-Lampen um eine Vorratsbilanzierung von ungefähr 460.000,00 Euro handelt. Es handelt sich um die Beschaffung von LED-Vorratslieferungen für die Jahre 2020 und 2021. Seine Vorgängerin hat festgelegt, dass es über die Vorräte zu buchen ist. Wenn Vorräte verbraucht werden, sind diese als Aufwand auszubuchen. Man möchte es jetzt so machen, dass man es in Zukunft als Betriebsmittel in das Anlagevermögen mitaufnimmt und abschreibt. Eine Sache fehlt noch, die die Jahresabschlüsse blockiert. Es handelt sich um die ausgefertigten Mittelüberträge. Es werden jetzt Abschlussbuchungen nachgeholt. Die Stadt hat Mittel übertragen, die aber tatsächlich so nicht da waren. Dies muss nun manuell freigeschaltet werden. Der Rat soll nun über die Überträge informiert werden, sodass keine Überbuchungen mehr stattfinden. Es sollen nur Mittel übertragen werden, die auch tatsächlich schon gebunden sind.

Herr Hayn sagt, dass der OB den Anspruch haben sollte, dass alle Fehler heraus sind. Er wird aber nie die Gewissheit haben, dass auch alle Fehler raus sind. Er findet es aber gut, dass der Oberbürgermeister den Anspruch hat.

Herr Turré sagt, dass die relevanten und maßgeblichen Fehler korrigiert werden. Es soll im Zweifelsfall buchhalterisch richtig ausgebucht werden. Es geht darum, dass man es nach

bestem Wissen und Gewissen machen sollte. Die Grundsätze der ordnungsgemäßen Buchführung sind zu achten. Im Zweifelsfall soll man den Mut haben und sagen, wenn etwas aus den zurückliegenden Jahren nicht mehr nachvollziehbar ist und der Beleg und die Beweisführung fehlt. Mit der uralten Inventur kann man eh nicht mehr alles zu 100 Prozent nachvollziehen. Er erwartet, dass die Fehler klar benannt werden. Man braucht es um den Landkreis etwas vorlegen zu können und in der Buchhaltung in das Tagesgeschäft zu kommen.

Frau Dr. Czikowsky fragt, nach der Aktivierung des Anlagevermögens und ob darauf aufbauend, die anderen Jahresabschlüsse erarbeitet werden können.

Frau Kirchhoff-Weise sagt, dass die Anlagenbuchhaltung im letzten Jahr gut vorangegangen ist. Diese ist aber grundsätzlich noch ein Problem. Man hat jetzt noch bis in das Jahr 2022, 82 Anlagen zu aktivieren. Diesbezüglich ist noch ein bisschen was zu tun. Die großen Anlagen sollen zuerst aktiviert werden. Dies gelingt aber nur, sobald die Unterlagen für die Anlagen vorliegen.

Herr Müller-Bahr sagt, dass die Zuarbeit der Amtsleiter schneller erfolgt.

Herr Turré fragt, ob es weitere Informationen gibt. Er erteilt das Wort an Herrn Schüler.

Herr Schüler stellt die Elternbeiträge anhand einer Präsentation vor. Die Präsentation ist Teil der Niederschrift und als Anlage beigefügt.

Herr Haring lobt Herrn Schüler. Die Kalkulation wurde früh im Jahr präsentiert.

Herr Turré fragt, ob es weitere Fragen an Herrn Schüler gibt. Dies ist nicht der Fall.

Herr Müller-Bahr sagt, dass es den § 2b aus dem Umsatzsteuergesetz gibt. Dieser umfasst die Umsatzsteuerpflicht für Kommunen. Die Sache soll zum 01.01.2027 umgesetzt werden. Die Gebühren bleiben gleich. Es wird lediglich die Umsatzsteuer draufgeschlagen. Es ist anzunehmen, dass der Bund sagt, dass man dies zwei Jahre zurückstellen kann. Der Rat hat gesagt, dass man es am 01.01.2027 umsetzt. Man wird sich danach richten.

Herr Turré sagt, dass man es im Interesse des Bürgers hinauszögern sollte. Man sollte evtl. ein Informationsschreiben herausenden.

Herr Müller-Bahr sagt, dass der Bund mitteilt, dass man es sich selbst aussuchen kann. Man befindet sich vor diesem Problem und diesem Dilemma.

Herr Turré sagt, dass es schön wäre eine rechtskonforme Regelung zu finden. Man wird dies beim nächsten Mal besprechen. Er würde ungern jemand die 19 Prozent Umsatzsteuer im Frühjahr bezahlen lassen.

TOP 2.8 Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder

Frau Dr. Czikowsky fragt, nach der Bibliothek. Sie fragt, nach der Entscheidung und dem Stand bei der Bibliothek. Hier sollte es im März eine Entscheidung geben.

Herr Müller-Bahr sagt, dass es am Montag eine Besichtigung gab. Er schlägt vor, dies im Frühjahr in einer kleinen Runde zu besprechen. Man muss warten bis der Haushalt genehmigt ist.

Frau Dr. Czikowsky fragt, nach der Silhouette am Bahnhofsvorplatz. Sie möchte wissen, welche Kosten es verursacht hat. Man hat hierüber nie diskutiert.

Herr Müller-Bahr sagt, dass es Bestandteil im Bauausschuss war. Dort gehört es auch rein. Im Finanzausschuss gehört es rein, wenn es die 50.000,00 Euro übersteigt. Dies ist nicht der Fall. Es handelt sich um Dinge aus der LAGA. Diese werden wieder eingebaut.

Frau Dr. Czikowsky sagt, dass sie nicht in den nichtöffentlichen Teil schauen kann. Sie fragt, nach der Satzung der Fraktionsmittel und nach der Mitgliedschaft der Friedhofsverwalter. Sie möchte wissen, wieso diese nicht im Finanzausschuss behandelt werden.

Herr Müller-Bahr sagt, dass die Fraktionsmittelsatzung keine Auswirkungen auf die Finanzen hat. Die Mitgliedschaft der Friedhofsverwalter kostet nur 250,00 Euro. Man möchte effizient sein.

TOP 2.9 Schließung der Sitzung

Herr Turré schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:07 Uhr.

Marcus Turré
Ausschussvorsitzender

Thomas Albrecht
Protokollant